

Kapitel 3: Fortschritt gestalten



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg)

Änderungsantrag zu GSP.F-01

Von Zeile 97 bis 105:

~~(154) Digitalisierung kann genutzt werden, um Großartiges zu leisten, aber auch, um Gesellschaften zu manipulieren bis hin zu digitalen Diktaturen. Sie kann zu Engagement motivieren und neue Solidarität stiften, aber auch zur Passivität und zur Vereinsamung führen. Sie hat das Potential, das Gesundheitssystem zu unterstützen, Energie einzusparen oder Verkehr effizienter zu lenken. Politik hat die Aufgabe, die Digitalisierung so zu gestalten, dass sie Freiheitsgrade und Selbstbestimmung verstärkt und nicht eingrenzt. Dazu ist es unerlässlich, neben Technologiefirmen und staatlichen Stellen auch die Zivilgesellschaft zentral in die Entwicklung und den Ausbau der digitalen Infrastruktur einzubeziehen.~~

(154) Die transformative Kraft der Digitalisierung ist ein großes gesellschaftliches Versprechen. Wir können und müssen die digitale Zukunft und neue Technologien so gestalten, dass sie unseren gesellschaftlichen Werten und Rechten entsprechen, nicht umgekehrt. Wir stehen in der Verantwortung, den digitalen Wandel wertegeleitet im Sinne aller, insbesondere nachfolgender Generationen, aktiv politisch zu gestalten. Dies geht nur gemeinsam mit Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Gestalten wir nicht, bestimmen andere über unsere Zukunft und wir verlieren mühsam erkämpfte Grund- und Freiheitsrechte - nicht nur national sondern global, nicht nur als Individuen, sondern als Gesellschaft, nicht nur digital, sondern überall. Daher müssen wir die Digitalisierung ressourcenschonender gestalten und digitale Anwendungen für die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaften nutzen. Wir müssen regulieren, Freiheitsgrade durch Selbstbestimmung stärken und Diskriminierungen durch automatisierte Entscheidungssysteme verhindern, um gesellschaftliche Solidarsysteme zu erhalten. Voraussetzung dafür ist die offene und demokratische Diskussionskultur auch online zu wahren und eine zunehmende Militarisierung ziviler Infrastrukturen zu verhindern.

Begründung

Wir betonen die Notwendigkeit der aktiven politischen Gestaltung des digitalen Wandels unserer Gesellschaft(en) und definieren die Grundwerte, die uns dabei leiten müssen. Wir stellen klar, dass wir die notwendigen Debatten gesamtgesellschaftlich führen wollen und zeigen auf, was droht, wenn wir (weiterhin) nicht in ausreichendem Maße dieser Verpflichtung gerecht werden und gestalten.

weitere Antragsteller*innen

Malte Spitz (KV Unna); Tabea Rößner (KV Mainz); Jeanette Hofmann (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Torsten Leveringhaus (KV Darmstadt-Dieburg); Christoph Gaa (KV Darmstadt-Dieburg); Christian Tramnitz (KV Hochtaunus); Laura Sophie Dornheim (KV Berlin-Kreisfrei); Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Renate Künast (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Jörn Pohl (KV Kiel); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow);

Madeleine Henfling (KV Ilm-Kreis); Thomas Blankenburg (KV Ilm-Kreis); Alexander Salomon (KV Karlsruhe); Johanna Mellentin (KV Fürstenfeldbruck); Esther Hochhäuser (KV Berlin-Mitte); Michael Servatius (Berlin-Pankow KV); Jennifer Jasberg (KV Hamburg-Bergedorf)